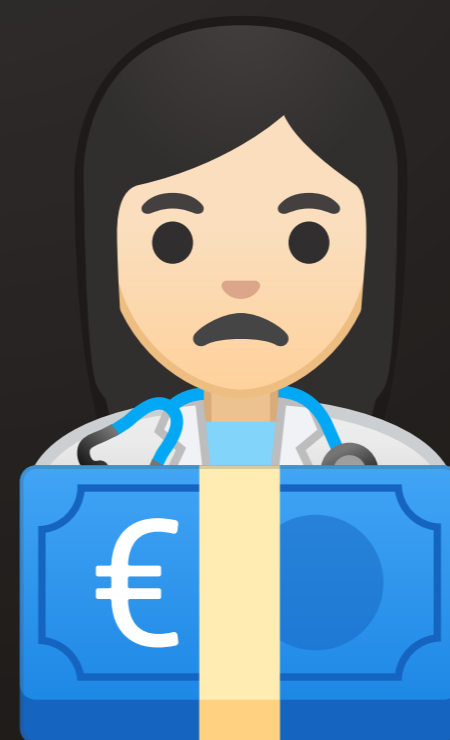


Ein DAX-Vorstand bekommt so viel Gehalt wie 100 Krankenschwestern zusammen.

Ist das gerecht?



Das Problem

Ein hohes Einkommen wird gern damit gerechtfertigt, dass es für einen harten, belastenden Job mit viel Verantwortung gezahlt wird. Das nehmen zum Beispiel Manager gern für sich in Anspruch. Wir meinen: Auf Pflegeberufe trifft das genauso zu! Dennoch werden diese Fachkräfte mit kärglichen Gehältern abgespeist, obwohl sie ständig anstrengende Schichten bewältigen und gerade während der Pandemie Unglaubliches leisten. Unattraktive Arbeitsbedingungen führen zu Nachwuchsmangel. Den kann sich unsere Gesellschaft in medizinischen Berufen noch weniger leisten als auf den Chefetagen der Konzerne.

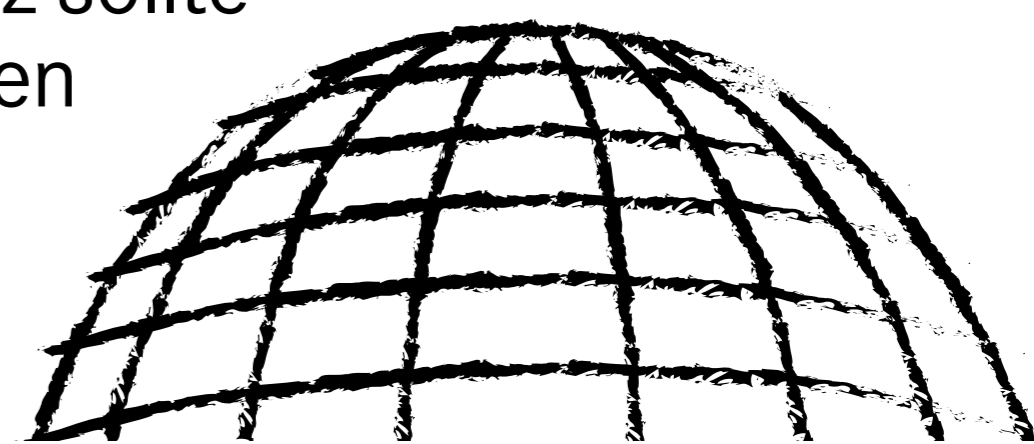
Die Spitzenkräfte im Management der DAX-Konzerne haben 2020 im Mittel (Median), also ohne Berücksichtigung extrem hoher oder niedriger Gehälter, 4,9 Millionen Euro kassiert (nach 5,5 Millionen Euro 2019). Bei Krankenschwestern und Krankenpflegern lag dieser Wert laut der Bundesagentur für Arbeit nur bei 3.218 Euro brutto im Monat. Das sind aufs Jahr gerechnet nur knapp 40.000 Euro.

Unsere Lösung

Leistung und Einkommen müssen in einem gesunden Verhältnis stehen. Wir wollen nicht nur Managergehälter auf das 20-fache des niedrigsten Gehalts im jeweiligen Unternehmen begrenzen. Wir wollen auch erreichen, dass medizinische Berufe besser bezahlt werden. Um den Pflegenotstand zu stoppen, fordern wir 500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege. Die Löhne im Osten müssen rauf auf das Niveau in der Krankenpflege der westlichen Bundesländer. Nötig sind mehr Ausbildungsplätze und finanzielle Anreize für die Ausbildung. Verbindliche Personalschlüssel sollen die Belastung des Pflegepersonals verringern.

Übrigens: Mega-Einkommen wollen wir angemessen besteuern. Für Einkommen oberhalb der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro soll die Einkommensteuer auf 60 % steigen. Für zu versteuernde Einkommen oberhalb einer Million Euro sollte sie bei 75 % liegen. Hingegen sollen alle, die weniger als 14.400 Euro erhalten, keine Einkommensteuer mehr zahlen.

Der Spitzensteuersatz sollte von 42 auf 53 % steigen und erst ab 70.000 Euro Jahreseinkommen gelten.



DIE LINKE.
LANDESGRUPPE SACHSEN

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag